

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 13.09.2018
Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:30 Uhr - 17:03 Uhr
stellvertretender Herr Bürgermeister Miko Runkel
Vorsitzender :

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 8 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion
Herr Peter Borm	sachkundiger Einwohner
Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Klaus Möstl	sachkundiger Einwohner
Frau Christine Pastor	sachkundige Einwohnerin
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Verspätetes Erscheinen

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:41 Uhr, TOP 4
Herr Thomas Uhl	SPD-Fraktion	16:34 Uhr, TOP 4

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Thiemo Kirmse	Fraktion DIE LINKE
Frau Angela Müller	Fraktion DIE LINKE
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Christian Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	Vertretung für Herrn Gordon Tillmann
----------------------	-------------------------------	--------------------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Frau Kerstin Seidel
Frau Dietlind Voigt

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5

Herr Dr. Harald Uerlings Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53
Frau Cornelia Utech Amtsleiterin Amt 50
Frau Ina Platzer Abteilungsleiterin Abt. 50.2

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Miko Runkel Bürgermeister D3

Schriftführerin

Frau Carolin Müller Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 16.08.2018
-

Zur Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Beschlussvorlage an den Sozialausschuss
-

Anpassung der Richtwerte der Förderbeträge der "Richtlinie zur Förderung von Begegnungseinrichtungen"
Vorlage: B-179/2018 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50

Frau Platzer (Abteilungsleiterin Abt. 50.2) weist darauf hin, dass es sich bei der Beschlussvorlage B-179/2018 hauptsächlich um die Erhöhung der Richtwerte für die Begegnungseinrichtungen handle. Der Beschluss der überplanmäßigen Mittelbereitstellung wurde bereits im Januar diesen Jahres im Verwaltungs- und Finanzausschuss gefasst. Sie erläutert die Vergleichswerte, die aufgrund von Tarifsteigerungen der Leistungserbringer notwendig geworden sind. Zudem teilt **Frau Platzer** mit, dass die Richtlinie rückwirkend zum 01.01.2018 in Kraft tritt.

Herr Stadtrat Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet um Auskunft, wie viel Mittel für das Jahr 2019 bereitgestellt werden.

Frau Utech (Amtsleiterin Amt 50) sagt, dass sie die Richtwerte für die Jahre 2019 und 2020 bei der Haushaltsplanung eingereicht habe.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bedankt sich bei Frau Platzer und äußert seine Zustimmung, auch im Rahmen der SPD-Fraktion, zu der Anpassung der Richtwerte der Förderbeträge.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob sich die Begegnungseinrichtungen an dem Projekt „Lieblingsplätze“ beteiligen und ob sie barrierefrei zugänglich sind.

Frau Platzer erklärt, dass die Barrierefreiheit nicht vorgeschrieben sei. Die Begegnungsstätten sollen barrierearm sein und die Räumlichkeiten müssen sich in unmittelbarer Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln befinden. Sie ergänzt, dass die Verwaltung auf die Träger zugehe, wenn es noch Verbesserungsmöglichkeiten gäbe. In den meisten Fällen melden sich allerdings die Träger bei der Verwaltung.

Frau Utech ergänzt, dass sie eine Zusammenstellung der Bewilligungen von den Projekten der „Lieblingsplätze“ an die Mitglieder des Sozialausschusses weiterleite.

Herr Stadtrat Kirmse (Fraktion DIE LINKE) fragt, auf welchem Niveau die Standards bei der Organisation von Hol- und Bringendiensten angeboten werden müssen und ob die Hol- und Bringendienste zu den leistungsorientierten, verhandelbaren Größen gehören.

Frau Platzer bemerkt, dass man mit den Begegnungseinrichtungen erreichen möchte, dass sich Senioren aktiv beteiligen und teilhaben können. Die Einrichtungen organisieren die Hol- und Bringendienste, wenn Bedarf bestehe.

Beschluss B-179/2018

Der Sozialausschuss beschließt die Änderung der „Richtlinie zur Förderung von Begegnungseinrichtungen“ gemäß Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Utech (Amtsleiterin Amt 50) schildert, wie man den Chemnitz Pass besser bewerben könne. Ein Vorschlag von Frau Pastor (sachkundige Einwohnerin) war, dass bei der Bescheiderstellung ein Flyer über den Chemnitz Pass beigelegt werden könnte. **Frau Utech** erklärt, dass der SGB II Bescheid zentral gedruckt werde und es somit nicht möglich sei, einen Flyer vom Chemnitz Pass beizulegen. Ebenso ist es nicht möglich im Bescheid auf den Chemnitz Pass hinzuweisen. Dies müsste händig von den Jobcenter Mitarbeitern auf jedem Bescheid vermerkt werden. Sie sagt, dass die Flyer bereits in der Eingangszone des Jobcenters ausgelegt werden.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet um Auskunft, mit welchem Anbieter die Bescheide versendet werden. Er schlägt vor, dass man die Flyer unter vorheriger Absprache verteilen lassen könnte, wenn es sich um einen privaten Briefdienst und nicht um die Deutsche Post handelt.

Frau Utech weist darauf hin, dass der Postdienst von der Bundesagentur finanziert werde und diese die zusätzlichen Kosten nicht übernehmen würde.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bedankt sich bei Frau Utech für die schnelle Auskunft und teilt seine Bedenken über die Auslegung von Flyern mit. Aus seiner Sicht reiche dies nicht aus. Er ist der Meinung, dass man weiterhin über andere Möglichkeiten diskutieren solle.

Frau Utech ergänzt, dass die Mitarbeiter des Jobcenters in Beratungsgesprächen auf den Chemnitz-Pass hinweisen. Mehr könne man nicht von den Mitarbeitern verlangen, da es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt Chemnitz handle und diese nicht an das Jobcenter übertragen werden können. Zudem teilt sie mit, dass bei den SGB XII-Bescheiden sowie Asylbewerberleistungsbescheiden der Hinweis zum Chemnitz-Pass enthalten sei.

Herr Bürgermeister Runkel fügt hinzu, dass bereits die neuen Merkblätter ausgereicht werden. In der letzten Stadtratssitzung kam der Hinweis, dass ein altes Merkblatt ausgereicht wurde.

Frau Utech berichtigt, dass das Merkblatt die richtigen Informationen und den aktuellen Stand enthält. Es solle trotzdem überarbeitet werden, da unter anderem der Hinweis fehle, dass die Nutzer des Chemnitz-Passes selbst nachfragen sollen, ob Ermäßigungen angeboten werden. Zudem sagt sie, dass das Merkblatt in einfacher Sprache formuliert werde.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet im Auftrag einer Bürgerin der Stadt Chemnitz um Auskunft, ob es hinsichtlich des Betreuten Wohnens am Zöllnerplatz Gespräche gäbe. Das Objekt werde von einem anderen Vermieter verwaltet und die Verträge zum Betreuten Wohnen gekündigt. Somit seien zusätzliche Kosten auf die Mieter zugekommen.

Frau Platzer (Abteilungsleiterin Abt. 50.2) teilt mit, dass das Betreute Wohnen von der Volkssolidarität angeboten wurde. Einen ähnlichen Fall gab es schon mal an der Zschopauer Straße. Die Volkssolidarität hatte langjährige Verträge mit den Eigentümern, die bereits ausgelaufen sind. Das Betreute Wohnen wird nicht mehr in dem Umfang benötigt, wie es vor einigen Jahren angeboten wurde. **Frau Platzer** ergänzt, dass die Volkssolidarität aus wirtschaftlichen Gründen nach und nach die Objekte mit Betreutem Wohnen abgäbe.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet um Erklärung der Vertragskette und möchte wissen, wer letztendlich die Verträge mit den Mietern beendet habe.

Frau Platzer erklärt, dass sie sich vorstellen könne, dass das Verfahren von Objekt zu Objekt unterschiedlich sei. Sie glaubt, dass der Generalmieter die Volkssolidarität war. Es gibt bei dem Betreuten Wohnen einen Miet-, sowie einen Betreuungsvertrag, bei dem die zusätzlichen Leistungsangebote aufgeführt sind. **Frau Platzer** vermutet, dass zu wenige einen solchen Betreuungsvertrag abgeschlossen haben. Das habe letztendlich zu den finanziellen Schwierigkeiten geführt.

Herr Bürgermeister Runkel verdeutlicht, dass die Fragen an den Eigentümer des Objektes und den Vermieter gestellt werden müssten, da die Stadt Chemnitz nicht zuständig sei.

Herr Dr. Haentjens möchte in der nächsten Sitzung genauere Informationen zu diesem Thema.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) äußert seine Bedenken wegen der Kündigungen der Betreuungsverträge.

Herr Beckert (sachkundiger Einwohner) bestätigt, dass die Verträge rein privatrechtlich seien. Die Mieter können jederzeit Beratungsbedarf in Anspruch nehmen. Zudem habe sich der Leistungsumfang in den letzten Jahren stark verändert. Er sichert zu, dass die Mieter nach wie vor ihre Leistungen in Anspruch nehmen können.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) schlägt vor, über dieses Thema im nächsten Sozialausschuss zu diskutieren, sobald ein neuer Dezernent ernannt wurde.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet aufgrund eines Gespräches mit einem Sozialarbeiter um die Behandlung des Themas „Psychisch kranke Menschen in Chemnitz“ im Sozialausschuss.

Herr Bürgermeister Runkel fügt hinzu, dass der Inhalt des Themas präzisiert werden solle.

Herr Beckert schlägt vor, unter dem Thema „Psychisch kranke Menschen in Chemnitz“ die ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe und die Umsetzung einer einheitlichen Bedarfsfeststellung für das Jahr 2019 zu behandeln.

Frau Stadträtin Furtenbacher sagt, dass man unter anderem die Leistungen und Beratungsangebote mit einbinden könne.

- 6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** und **Herr Stadtrat Kirmse (Fraktion DIE LINKE)** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Runkel schließt die Sitzung.

26.09.18
Datum *Miko Runkel*
Runkel
stellv. Vorsitzender
des Ausschusses

04.10.18
Datum *A. Haentjens*
Dr. Haentjens
Mitglied
des Ausschusses

11.10.18
Datum *Thiemo Kirmse*
Kirmse
Mitglied
des Ausschusses

25.09.18
Datum *Müller*
Müller
Schriftführerin